

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Februar 2009 zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China

Eine kommentierte Dokumentation

Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie e.V.

Heidelberg, 3. März 2009

A. Einleitende Anmerkungen

Am 5. Februar 2009 verabschiedete das Europäische Parlament mit 491 Jastimmen (bei 76 Neinstimmen und 12 Enthaltungen) eine Entschließung zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China. Vorgegangen war am 17. Oktober 2008 die Vorlage eines ersten Entwurfes dieser Entschließung durch den Ausschuss für internationalen Handel (im Folgenden als Erstentwurf bezeichnet)¹. Nach den Beratungen in den Fraktionen und in den zuständigen Ausschüssen² legte der Handelsausschuss am 27. Januar 2009 den endgültigen Entwurf einer Entschließung vor (im Folgenden als Entwurf bezeichnet)³. Am 5. Februar 2009 kam jedoch nicht dieser Entwurf, sondern ein von der Europäischen Volkspartei (PPE-DE) eingebrachter Entschließungsantrag zur Abstimmung, der sich in einigen Passagen auffällig vom Entwurf des Handelsausschusses unterschied. Der Entwurf der Europäischen Volkspartei wurde bei der kurzen Aussprache im Ple-

¹ Europäisches Parlament (2008): Entwurf eines Berichts über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China (2008/2171(INI)), Ausschuss für internationalen Handel, Berichtsteratterin: Corien Wortmann-Kool, 17. Oktober 2008 ([2008/2171 \(INI\)](#)); vgl. hierzu: Wichterich, Christa (2009): Trade Committee of the European Parliament advocates Business Interests in relation with China (Hintergrundinformationen des EU-China Civil Society Forum, Nr. 2/2009, 06.01.2009) ([Link zum Artikel](#))

² Zusätzlich zum federführenden Ausschuss für internationalen Handel waren folgende Ausschüsse mitberatend: Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Entwicklungsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

³ Europäisches Parlament (2009): Bericht über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China (2008/2171(INI)), Ausschuss für internationalen Handel, Berichtsteratterin: Corien Wortmann-Kool, 27. Januar 2009 ([A6-0021/2009](#))

num lediglich durch die Ergänzung mit einem Abschnitt zu Taiwan verändert⁴. Den entsprechenden Antrag hatte die Berichterstatterin, die niederländische Abgeordnete der Europäischen Volkspartei Corien Wortmann-Kool, eingebracht – angesichts der Tatsache, dass der zur Abstimmung gekommene Entschließungsantrag von ihrer Fraktion stammte, ein bemerkenswerter Vorgang.

Mehrfach betont die Entschließung des Europäischen Parlamentes die Notwendigkeit einer konsequenten Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit China und weist dem Handel mit China eine herausragende Rolle zu: Er sei die „wichtigste Einzelherausforderung für die Handelsbeziehungen der Europäischen Union“ (Abschnitt 1 des angenommenen Textes)⁵. Ein entsprechender Passus war im Entwurf des Handelsausschusses noch nicht vorgesehen – er ist auf Initiative der Europäischen Volkspartei (PPE-DE) aufgenommen worden, dies ist bemerkenswert, da die Berichterstatterin Mitglied dieser Fraktion ist, eine solche prominente Hervorhebung der Handelsbeziehungen der EU mit China aber nicht vorgesehen hatte.

Grundsätzlich ist die Entschließung des Europäischen Parlamentes von wirtschaftsliberalen Vorstellungen geprägt. So spricht sie vom „fairen Handel“, wenn sie „fairen Wettbewerb“ ohne „handelsverzerrende Ausfuhrbeschränkungen“ (Abschnitt 22) meint. Dennoch ist die Entschließung kein Dokument des bloßen Wirtschaftsliberalismus. Dies zeigt ein Vergleich des vom Handelsausschuss vorgelegten Erstentwurfes mit dem endgültigen Entwurf, der die Voten der Ausschüsse berücksichtigt, und mit dem angenommenen Text. Auffällig ist hierbei, dass die Entschließung den „paternalistischen Ton“ des Erstantrages – als könne die Europäische Union die Volksrepublik China über „richtige“ Wege belehren – zurück nahm und sich um eine Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und China auf der Grundlage der Gleichberechtigung bemühte. So wurden kritische Anmerkungen zu China durch zumindest einige kritische Anmerkungen zur Politik der EU-Kommission und zum Verhalten von Unternehmen aus der EU ergänzt. Ein Vergleich der Dokumente – den die folgende synoptische Zusammenstellung ermöglichen soll – lässt schließlich parlamentarische Kontroversen erahnen und legt nahe, dass sich das Europäische Parlament durchaus als ein von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften unabhängiges Organ versteht.

I. „Fairer Wettbewerb und Handel“: wirtschaftsliberaler Grundton

Mehrfach tritt die Entschließung des Europäischen Parlamentes für „fairen Wettbewerb und Handel“ im Sinne einer konsequenten Liberalisierung des Handels zwischen der Europäischen Union und China ein. Sie erteilt allen protektionistischen Bestrebungen eine klare Absage (Abschnitt 11 u.ö.), fordert einen freien Marktzugang für Unternehmen aus der EU in China (Abschnitte 14ff.), beklagt tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse (Abschnitte 20 und 21)⁶ und fordert China zur „Öffnung seiner Märkte für das öffentliche Auftragswesen“ auf (Abschnitt 24).

⁴ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Februar 2009 zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China, 5. Februar 2009 ([T6-0053/2009](#)).

Änderungen des Entwurfes eines Entwurfes einer Entschließung (Erstentwurf) werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen von den beratenden Ausschüssen, in der Regel aber nicht bei der Plenardebatte beantragt.

⁵ Dieser Betonung der Bedeutung der Handelsbeziehungen mit China entsprach die Aufwertung der bereits privilegierten Beziehungen der Europäischen Union zu China durch die Aufforderung des Parlamentes, die neu gebildete Kommission solle „einen der Vizepräsidenten“ zum „Kommissar mit koordinierender Funktion“ des „Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene“ ernennen (Abschnitt 66).

⁶ Diese Besorgnis konkretisierte die Berichterstatterin, indem sie kritisierte, „dass die obligatorische Zertifizierung (Chines Compulsory Certification, CCC) und andere Instrumente [...] häufig als technische Handelshemmnisse genutzt“ würden (so der Bericht im Unterabschnitt „Hemmnisse und Normen“).

Hierbei bezieht die Entschließung konsequent auch in jenen Bereichen Stellung, die in der Öffentlichkeit der EU-Mitgliedsstaaten kontrovers diskutiert werden. Entschieden betont sie die Offenheit der Europäischen Union für Einfuhren und Investitionen aus China und spricht sich gegen jede Behinderung chinesischer Textileinfuhren in die Europäische Union (Abschnitt 44) aus. Folgerichtig kritisierte die Berichterstatterin die Europäische Kommission wegen der hohen Zahl von Antidumpingverfahren gegen chinesische Hersteller. Einen entsprechenden Passus enthielt bereits der Erstentwurf des Ausschusses, der die Kommission aufforderte, „sich im Wege des Dialogs um die Beilegung von Handelsstreitigkeiten zu bemühen“ (statt auf Antidumpingverfahren zu setzen) (Abschnitt 22 des Erstentwurfes). Diese deutliche Kritik an der Kommission war dann im Zuge der Ausschussberatungen abgemildert worden – es blieb die sachliche Feststellung, dass „die Zahl der Anti-Dumping-Verfahren gegen chinesische Hersteller steigt“ (Abschnitt 35 des angenommenen Textes). Abgeschwächt heißt es jetzt, „dass ein ständiger Dialog zwischen den Handelsbehörden dazu beitragen kann, Handelsstreitigkeiten zu vermeiden und beizulegen“, zugleich wird aber festgestellt, „dass der wirksame und effiziente Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente dazu beiträgt, im Handel zwischen China und der Europäischen Union für faire Bedingungen zu sorgen“ – im Erstentwurf war eine etwas vorsichtigere Formulierung gewählt worden.

Dieser Sachverhalt könnte vermuten lassen, dass der Handelsausschuss ursprünglich konsequenter als der dann angenommene Text für Handelsliberalisierungen eintreten wollte. Doch gegen eine solche Vermutung spricht, dass der Erstentwurf des Ausschusses für internationalen Handel nur auf nichttarifäre Handelshemmnisse für EU-Unternehmen durch China verwies, die Endfassung des Entwurfes und mit ihr der angenommene Text aber kritisch gegenüber der Europäischen Kommission feststellt, dass es auch nichttarifäre Handelshemmnisse für chinesische Unternehmen in der EU gebe (Abschnitt 20 des angenommenen Textes).

Bemerkenswert ist weiter die Eindeutigkeit, mit der das Europäische Parlament Investitionen chinesischer Unternehmen und des chinesischen Staatsfonds in der Europäischen Union begrüßt (Abschnitt 13) – allerdings mit dem Zusatz, dass es um Investitionen gehe, „die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wachstum beitragen“. Offensichtlich sieht das Europäische Parlament in der Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China keine Bedrohung für die EU – im Gegenteil: China wird aufgefordert, „mehr Devisenreserven in Euro zu halten“ (Abschnitt 25).

Vor allem britische Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei plädierten mit Nachdruck für eine liberale Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen und forderten China auf, in der Europäischen Union zu investieren. Erforderlich sei, China als gleichberechtigten Partner zu behandeln. Der britische Abgeordnete Nirj Deva (Europäische Volkspartei, PPE-DE) erklärte gar: „Viele Jahre lang haben wir China so behandelt, als wäre es eine Art kleines Kind, das wir tadeln müssen und so argumentiert, als wären wir eine Art überlegene Institution. Wir dürfen nicht vergessen, dass Chinas Geschichte unsere um Tausende von Jahren übersteigt.“

Eine solche Einschätzung war keinesfalls unumstritten. Am weitesten ging der fraktionslose Abgeordnete Dr. Bruno Gollnisch aus Frankreich in seiner schriftlichen Stellungnahme: „Jedes Jahr verabschiedet dieses Parlament einen Text über die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu China“, und jedes Jahr beklage das Parlament „die Verletzung der Menschenrechte, illoyale Wirtschaftspraktiken, Dumping, Missachtung internationaler Einrichtungen durch China“ und beschwöre den Mythos „demokratischer Wandel durch Handel“. Doch die gegenwärtige Situation in China widerlege diesen Mythos auf das Schärfste. Folglich wandte sich Gollnisch dagegen, dass China die Werkbank der Welt sei. Vielmehr müsse in Europa mit Europäern für Europa produziert werden.

Eine solche protektionistische Sichtweise wurde nur von einer kleinen Minderheit im Europäischen Parlament unterstützt, das sich allerdings entschieden für Unternehmen aus der EU einsetzte. So wurde China zu Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums aufgefordert (Abschnitte 37 bis 41) und die Europäische Kommission so wie die Mitgliedsstaaten der EU zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aufgerufen (Abschnitte 26 und 27 u.ö.).

II. Nachhaltigkeit, Menschenrechte und parlamentarische Mitwirkung: nicht nur Wirtschaftsliberalismus

Die Entschließung des Europäischen Parlamentes enthält eine ganze Reihe von Abschnitten, die über eine bloß wirtschaftsliberale Position deutlich hinausgehen und für die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure interessante Anknüpfungspunkte bieten.

So versammelt die Entschließung unter der Überschrift „Soziale und ökologische Auswirkungen“ 16 Abschnitte (Abschnitte 45 bis 60) zu Aspekten nachhaltiger Entwicklung – im Erstentwurf waren es erst sechs gewesen. Sechs Abschnitte befassen sich mit ökologischen Fragen, drei mit Maßnahmen zur Gewährleistung von Produktsicherheit, vier mit Arbeitsbedingungen und je einer mit der sozialen Polarisierung in China, mit der Todesstrafe und mit internationalen Rechnungslegungsvorschriften (letzteres, ohne den Zusammenhang zu „sozialen und ökologischen Auswirkungen“ deutlich zu machen).

Auch hier lässt wieder ein Vergleich des angenommenen Textes mit dem Erstentwurf und mit dem endgültigen Entwurf des Handelsausschusses parlamentarische Konfliktlinien erahnen: Mehrfach spricht die Entschließung die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung an (Abschnitte 2, 3, 28, 30, 45, 66), und doch scheint die Relevanz nachhaltiger Entwicklung strittig gewesen zu sein: Hatte der Handelsausschuss in seinem Erstentwurf vom 17. Oktober 2008 als Grundsätze für den Handel zwischen Europa und China lediglich (wirtschaftsliberal) „Reziprozität“ und „fairer Wettbewerb“ benannt (Abschnitt 1 des Erstentwurfes), waren nach den Ausschussberatungen als weitere Grundsätze „nachhaltige Entwicklung“, „Einhaltung von Umweltvorgaben“ und „Mitwirkung an der Erfüllung globaler Klimaschutzziele“ hinzugekommen. Der von der Europäischen Volkspartei eingebrachte Antrag hatte dann aber diese Verpflichtung auf umweltpolitische Ziele etwas abgeschwächt – sie werden jetzt nicht mehr als „Grundsätze“ des Handels bezeichnet, vielmehr heißt es im angenommenen Text, der Handel solle diesen Zielen „Rechnung tragen“.

Zugleich aber und im Gegensatz zum Erstentwurf des Handelsausschusses betonte die endgültige Version des Entschließungsentwurfes (und mit ihr der angenommene Text) die „europäische Mitverantwortung“ an den hohen ökologischen Folgekosten des chinesischen Entwicklungsweges: Das Europäische Parlament sei sich „der europäischen Mitverantwortung für die Situation bewusst, da sich ein hoher Anteil der chinesischen Industrieproduktion im Besitz europäischer Unternehmen befindet oder von europäischen Unternehmen und Händlern für den Verbrauch in Europa in Auftrag gegeben wird“ (Abschnitt 45). Weiter stellte das Parlament fest, „dass nicht erwartet werden kann, dass China die mit einer Senkung der Treibhausgasemissionen verbundenen Belastungen seiner Bevölkerung auferlegt, ohne dass der Westen tätig wird“ (Abschnitt 49).

Auch im Blick auf die Arbeitsbedingungen geht das Europäische Parlament von einer Mitverantwortung Europas aus, denn es „fordert in China tätige europäische Unternehmen auf, sich im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und der Umwelt an den höchsten internationalen Normen und an bewährten Verfahren zu orientieren“ (Abschnitt 53).

Auffällig ist weiter, dass der endgültige Entwurf des Handelsausschusses und der angenommene Text stärker als der Erstentwurf des Ausschusses die Menschenrechte betonen. So wird jetzt die Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufgefordert, „in den Verhandlungen mit China über ein erneuertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auf der Stärkung der Menschenrechtsklausel zu bestehen“ (Abschnitt 6). Auf eine stärkere Betonung menschenrechtlicher Aspekte hatten vor allem der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten – er hatte einen umfassenden Abschnitt über Menschenrechte angeregt, ohne dafür aber eine Mehrheit zu finden – und der Entwicklungsausschuss gedrängt. Letzterer schlug eine Formulierung vor, die China eine Brücke bauen sollte. In seiner Stellungnahme lautete der Passus, das Parlament „fordert die chinesischen Behörden auf, ihre Versprechen einzuhalten, die sie vor den Olympischen Spielen 2008 in den Bereichen Menschen- und Minderheitenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegeben haben“. Zugleich wollte der Entwicklungsaus-

schuss eine „Verbesserung der Handelsbeziehungen mit China von Reformen im Bereich der Menschenrechte abhängig“ machen. Ein solcher Vorschlag ging aber der Parlamentsmehrheit zu weit.

Bemerkenswert ist auch, dass der Begriff Zivilgesellschaft im Erstentwurf des Handelsausschusses fehlte, aber auf Anregung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten aufgenommen und mit der Vorstellung eines „Wandels durch Handel“ verknüpft wurde. Im Abschnitt 61 heißt es jetzt, das Europäische Parlament sei „der Überzeugung, dass Demokratie eine funktionierende Zivilgesellschaft erfordert, die ihrerseits durch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union gestärkt wird“ und vertrete „daher die Auffassung, dass der 'Wandel durch Handel' ein Weg ist, einen Beitrag zum Wandel Chinas hin zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft, der allen Teilen der Gesellschaft zugute kommt, zu leisten“. Allerdings räumt das Parlament im selben Abschnitt ein, dass „die Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und China zu keinen wesentlichen Fortschritten beim Menschenrechtsdialog geführt“ hätte.

Schließlich deuten sowohl der endgültige Entwurf des Handelsausschusses als auch der angenommene Text Konflikte mit der Europäischen Kommission hinsichtlich der Beteiligung des Parlamentes an. Denn das Parlament forderte „die Kommission mit Nachdruck auf, die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und China transparenter zu gestalten“ (Abschnitt 75) – eine entsprechende Aufforderung war vom Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten eingebracht worden. In diesem Sinne kann auch Abschnitt 70 als Kritik gelesen werden, denn hier „ersucht“ das Parlament die Kommission und die chinesische Regierung „nachdrücklich“, „gemeinsam Wege zum Ausbau der parlamentarischen Dimension in der Arbeit des HLM⁷ zu suchen, die darauf ausgerichtet ist, alle Beteiligten zu erreichen und ihren Sorgen und Bedenken Gehör zu verschaffen“.

⁷ HLM: Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene.

B. Synopse von Erstentwurf, Entwurf und angenommenem Text

Gliederung der Entschließung (angenommener Text)	
Überschrift (Unter-)Abschnitt	Abschnitte
<i>[Einleitung ohne Überschrift]</i>	
Allgemeines	1-13
Marktzugang	
<i>[Einleitung ohne Überschrift]</i>	14-19
Hemmnisse, Normen	20-21
Rohstoffe	22
Staatliche Beihilfen	23
Öffentliches Auftragswesen	24
Währung	25
Präsenz und Hilfe der Europäischen Union	26-27
Energie, nachhaltige Energiewirtschaft	28-30
Finanzdienstleistungen	31-34
Freier und Fairer Handel	
Anti-Dumping-Maßnahmen/Marktwirtschaftsstatus	35-36
Rechte des geistigen Eigentums und Produktfälschungen	37-41
Zoll	42-44
Soziale und ökologische Auswirkungen	45-60
Weiteres Vorgehen	61-78

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
Abweichungen des angenommenen Textes vom Entschließungsantrag sind durchgehend unterstrichen, Abweichungen des Entwurfes vom Entwurf des Entwurfes sind gestrichelt unterstrichen, ausschließlich redaktionelle Änderungen werden nicht erfasst; Hervorhebungen (gelb): Klaus Heidele		
<i>Das Europäische Parlament,</i>		
– unter Hinweis auf den Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene (HLM) zwischen der Europäischen Union und China, der erstmals am 25. April 2008 in Peking zu Beratungen zusammentrat,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des zehnten Gipfeltreffens China-EU, das am 28. November 2007 in Peking stattfand,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Die Beziehungen EU-China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung" (KOM(2006)0631) und der dazugehörigen Arbeitsunterlage "Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung – Strategiepapier für eine Handels- und Investitionspolitik der Europäischen Union gegenüber China – Wettbewerb und Partnerschaft" (KOM(2006)0632),	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– in Kenntnis des Beschlusses der vom 9. bis 14. November 2001 in Doha (Katar) durchgeführten Vierten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) über die Aufnahme Chinas in die WTO mit Wirkung vom 11. November 2001 und der Republik China (Taiwan) mit Wirkung vom 1. Januar 2002,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– unter Hinweis auf seine Entschließungen zu China, insbesondere seine Entschließung vom 7. September 2006 über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China (1) und vom 13. Oktober 2005 zu den Perspektiven für die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und China (2),	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– unter Hinweis auf die Studie der Kommission vom 15. Februar 2007 mit dem Titel "Future Opportunities and Challenges in EU-China Trade and Investment Relations 2006–2010",	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. Juli 2008 zur Lage in China nach dem Erdbeben und im Vorfeld der Olympischen Spiele (3),	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– unter Hinweis auf den achten Jahresbericht der Handelskammer der Europäischen Union in China mit dem Titel "European Business in China Position Paper 2008/2009",	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
– gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
– in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für internationalen Handel sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Entwicklungsausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A6-0021/2009),	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
A. in der Erwägung, dass der Handel zwischen der Europäischen Union und China seit 2000 enorm zugenommen hat und in der Erwägung, dass die Europäische Union seit 2006 Chinas größter Handelspartner ist und dass China seit 2007 den zweiten Platz unter den Handelspartnern der Europäischen Union einnimmt,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
B. in der Erwägung, dass der Entwicklungsschub und die WTO-Mitgliedschaft für China <u>erhebliche Vorteile mit sich bringen, aber auch mehr Verantwortung</u> , d. h. die Übernahme einer umfassenden und positiven Rolle in der Weltwirtschaftsordnung, auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbankgruppe, bedeuten,	B. in der Erwägung, dass der Entwicklungsschub und die WTO-Mitgliedschaft für China <u>mehr Verantwortung</u> , d. h. die Übernahme einer umfassenden und positiven Rolle in der Weltwirtschaftsordnung, auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbankgruppe, bedeuten,	<i>B. in der Erwägung, dass der Entwicklungsschub in China und seine WTO-Mitgliedschaft für das Land mehr Verantwortung, d. h. die Übernahme einer umfassenden und positiven Rolle in der Weltwirtschaftsordnung bedeutet, wobei auch auf die erheblichen Vorteile zu verweisen ist, die sich für China aus der Mitgliedschaft in der WTO ergeben.</i>
C. in der Erwägung, dass der bilaterale Handel zwischen China und der Europäischen Union, die 2007 im Handel mit China ein Defizit von mehr als 160 Milliarden EUR verzeichnete, trotz anhaltenden Wachstums weiterhin unausgewogen ist,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
D. in der Erwägung, dass die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, von der auch China betroffen ist, durch finanzielle und makroökonomische Ungleichgewichte und den Rückgang der Binnennachfrage und der Exporte verursacht wurde,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Entwurf</i>
E. in der Erwägung, dass der Zugang zum chinesischen Markt durch die staatlich gelenkte Industriepolitik, Patentverletzungen und ein umstrittenes Normen- und Compliance-System erschwert wird, was zur Folge hat, dass sich EU-Unternehmen im Handel mit technischen und nichttarifären Hemmnissen konfrontiert sehen,	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
F. in der Erwägung, dass die Waren- und Dienstleistungsanbieter der Europäischen Union auf den Weltmärkten äußerst wettbewerbsfähig sind und dass ein freier und fairer Zugang zum chinesischen Markt es EU-Unternehmen ermöglichen würde, ihre Ausfuhren und ihre Präsenz auf diesem Markt zu steigern und zugleich die Qualität und den Service für chinesische Verbraucher zu verbessern,	F. in der Erwägung, dass die Waren- und Dienstleistungsanbieter der EU auf den Weltmärkten äußerst wettbewerbsfähig sind und dass ein freier und fairer Zugang zum chinesischen Markt es EU-Unternehmen ermöglichen würde, ihre Ausfuhren und ihre Präsenz auf diesem Markt zu steigern und zugleich die Qualität und den Service für chinesische Verbraucher zu verbessern,	E. in der Erwägung, dass europäische Produzenten von Waren und Dienstleistungen auf den Weltmärkten äußerst wettbewerbsfähig sind und dass der freie und gleichberechtigte Zugang zum chinesischen Markt es EU-Unternehmen ermöglichen würde, sich stärker zu engagieren und die Qualität und den Service für chinesische Verbraucher zu verbessern,
G. in der Erwägung, dass die Ausfuhren der Europäischen Union nach China 2007 um 18,7 % auf einen Wert von 231 Milliarden EUR gestiegen sind,	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
H. in der Erwägung, dass das Ausmaß von Produktfälschungen und Markenpiraterie innerhalb Chinas weiterhin beängstigend hoch ist und 60 % der von den Zollbehörden der Europäischen Union sichergestellten gefälschten Produkte aus China stammen; in der Erwägung, dass diese Waren häufig in Fertigungsstätten, die auch Waren für den regulären Markt produzieren, und unter Missachtung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutzbestimmungen hergestellt werden, und dass dies eine Gefahr für die Verbraucher – sowie im Falle von Chemikalien auch die Umwelt generell – darstellt,	H. in der Erwägung, dass das Ausmaß von Produktfälschungen und Markenpiraterie innerhalb Chinas weiterhin beängstigend hoch ist und 60 % der von den Zollbehörden der EU sichergestellten gefälschten Produkte aus China stammen; in der Erwägung, dass diese Waren häufig in Fertigungsstätten, die auch Waren für den regulären Markt produzieren, und unter Missachtung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutzbestimmungen hergestellt werden, und dass dies eine Gefahr für die Verbraucher – sowie im Falle von Chemikalien auch für die Umwelt im weiteren Sinne – darstellt,	F. in der Erwägung, dass das Ausmaß von Produktfälschungen und Markenpiraterie innerhalb Chinas weiterhin beängstigend hoch ist; in der Erwägung, dass in den daran beteiligten Fertigungsstätten Arbeitnehmerrechte sowie den Gesundheits- und Arbeitsschutz betreffende Anforderungen häufig missachtet werden und dass dies eine Gefahr für die Verbraucher – und im Falle von Chemikalien auch für die Umwelt im weiteren Sinne – darstellt,
Allgemeines		
1. betont, dass der Handel zwischen der Europäischen Union und China seit 2000 enorm zugenommen hat und die wichtigste Einzelherausforderung für die Handelsbeziehungen der Europäischen Union ist;	<u>Abschnitt fehlt</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
2. betont, dass die Handelsbeziehungen zwischen Europa und China gemäß unseren gemeinsamen Werten und unter Beachtung der WTO-Vorschriften auf den Grundsätzen der Reziprozität und des fairen Wettbewerbs und Handels beruhen sollten und dass dabei der nachhaltigen Entwicklung, der Einhaltung von Umweltvorgaben und der Mitwirkung an der Erfüllung globaler Klimaschutzziele Rechnung getragen werden sollte;	1. betont, dass die Handelsbeziehungen zwischen Europa und China gemäß unseren gemeinsamen Werten und unter Beachtung der WTO-Regeln auf den Grundsätzen der Reziprozität, der nachhaltigen Entwicklung, der Einhaltung von Umweltvorgaben, der Mitwirkung an der Erfüllung globaler Klimaschutzziele, des fairen Wettbewerbs und Handels beruhen sollten;	1. betont, dass die Handelsbeziehungen zwischen Europa und China auf Engagement und einer strategischen Partnerschaft beruhen sollten, die gemäß unseren gemeinsamen Werten und unter Beachtung der WTO-Vorschriften durch die Grundsätze der Reziprozität, des fairen Wettbewerbs und Handels geprägt ist;

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
3. vertritt die Auffassung, dass China als einer der Antriebsmotoren des weltweiten Wachstums seiner Verantwortung für eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung in vollem Umfang gerecht werden sollte;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
4. fordert die Kommission auf, ihre Politik des Engagements und des Dialogs mit China fortzusetzen ; begrüßt die handelsbezogene technische Unterstützung Chinas durch die Kommission; erachtet Hilfe dieser Art als ausschlaggebend für die erfolgreiche Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft und insbesondere bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen und Zusagen im Rahmen der WTO sowie bei der Verbesserung der sozialen und ökologischen Bedingungen;	3. fordert die Kommission auf, ihre Politik des Engagements und des Dialogs mit China fortzusetzen; begrüßt die handelsbezogene technische Unterstützung Chinas durch die Kommission; erachtet Hilfe dieser Art als ausschlaggebend für die erfolgreiche Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft und insbesondere bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen und Zusagen <u>gegenüber der WTO</u> sowie bei der Verbesserung der sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen;	<i>wie endgültige Fassung des Entschließungsantrages</i>
5. betont, dass die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und China ein ganz neues Niveau erreichen muss , um der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen; vertritt die Auffassung, dass sich China und der Europäischen Union damit eine großartige Möglichkeit bietet, Verantwortung zu zeigen und ihren Teil zur Lösung der Krise beizutragen;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
6. vertritt die Auffassung, dass die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit China Hand in Hand mit der Schaffung eines echten, fruchtbaren und wirksamen politischen Dialogs verlaufen muss, der eine Vielzahl verschiedener Themen umfasst; betrachtet die Menschenrechte als einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China; fordert die Kommission auf, in den Verhandlungen mit China über ein erneuertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auf der Stärkung der Menschenrechtsklausel zu bestehen;	5. vertritt die Auffassung, dass die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit China Hand in Hand mit der Schaffung eines echten, fruchtbaren und wirksamen politischen Dialogs verlaufen muss, der eine Vielzahl verschiedener Themen umfasst; betrachtet die Menschenrechte als einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil der Beziehungen zwischen der EU und China; <u>fordert die Kommission auf, in den Verhandlungen mit China über ein erneuertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) auf der Stärkung der Menschenrechtsklausel zu bestehen</u> ;	3. <i>vertritt die Auffassung, dass die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit China Hand in Hand mit der Schaffung eines echten, fruchtbaren und wirksamen politischen Dialogs verlaufen muss, der eine Vielzahl verschiedener Themen beinhaltet; betrachtet die Menschenrechte als einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil der Beziehungen zwischen der EU und China;</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
7. ist der Auffassung, dass das jetzige offene Handelssystem die Wirtschaftstätigkeit zwischen China und den Entwicklungsländern möglicherweise zum beiderseitigen Nutzen stärken und eine einzigartige Chance für Wirtschaftswachstum und ihre Integration in die Weltwirtschaft bieten könnte, unter der Voraussetzung, dass die Handelspolitik mit den Entwicklungszielen in Einklang steht und dass durch das Wirtschaftswachstum die Armut gemildert wird;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
8. ermutigt die Kommission, weiterhin das Ziel der Offenheit im Handel der Europäischen Union mit China zu verfolgen; vertritt die Ansicht, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten chinesischen Ausfuhren weiterhin einen offenen und fairen Zugang bieten und <u>auf die wettbewerbliche Herausforderung, die China darstellt, eingestellt sein sollten</u> ; vertritt die Auffassung, dass China im Gegenzug sein Engagement für wirtschaftliche Offenheit und Marktreformen verstärken sollte;	7. <u>fordert</u> die Kommission auf, <u>im Handel der EU mit China weiterhin auf Offenheit zu setzen</u> ; vertritt die Ansicht, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten chinesischen Ausfuhren weiterhin einen offenen und fairen Zugang bieten und <u>sich dem Wettbewerb stellen sollten</u> ; vertritt die Auffassung, dass China im Gegenzug sein Engagement für wirtschaftliche Offenheit und Marktreformen verstärken sollte;	4. <u>ermutigt</u> die Kommission, <u>weiterhin das Ziel der Offenheit im Handel der EU mit China zu verfolgen</u> ; ist der Ansicht, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten China weiterhin einen offenen und fairen Zugang für chinesische Ausfuhren bieten und sich dem Wettbewerb stellen sollten; vertritt die Auffassung, dass China im Gegenzug sein Engagement für wirtschaftliche Offenheit und Marktreformen verstärken sollte;
9. appelliert an China, in der WTO eine aktive Rolle zu übernehmen , die der Bedeutung des Landes für Wirtschaft und Handel angemessen ist, um eine gesunde Entwicklung des Welthandels auf der Grundlage eines starken und transparenten rechtlichen Rahmens zu fördern;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>wie angenommener Text</u>
10. begrüßt die Teilnahme Chinas am Treffen der G-20, das am 15. November 2008 in Washington stattfand und den Weg für seine definitive Teilnahme am wirtschaftlichen und finanziellen Weltgeschehen und die Übernahme größerer Verantwortung im globalen Rahmen ebnen dürfte;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
11. unterstreicht, dass Protektionismus nicht die Antwort Europas auf die Zunahme der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und China sein darf; ist der Überzeugung, dass sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten intensiver um weitere Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabonner Reformagenda bemühen sollten, um Bereiche mit vergleichbaren Vorteilen in der Weltwirtschaft zu entwickeln und zu stärken und Innovation und berufliche Bildung zu fördern;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>wie angenommener Text</u>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
12. stellt fest, dass China ein umfangreiches Konjunkturprogramm für Wachstum und Beschäftigung aufgelegt hat, um die derzeitige Wirtschaftskrise zu bewältigen; unterstreicht, dass die <u>Unterstützungsmaßnahmen nur übergangsweise durchgeführt werden dürfen</u> , den WTO-Vorschriften zu entsprechen haben und den Wettbewerb nicht verfälschen dürfen;	11. stellt fest, dass China ein umfangreiches Konjunkturprogramm für Wachstum und Beschäftigung aufgelegt hat, um die derzeitige Wirtschaftskrise zu bewältigen; unterstreicht, dass die <u>Stützmaßnahmen vorübergehender Natur sein müssen, im Einklang mit den WTO-Regeln stehen müssen und den lautereren Wettbewerb nicht verzerren dürfen</u> ;	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
13. begrüßt die Investitionen des chinesischen Staatsfonds und staatlicher chinesischer Unternehmen in der Europäischen Union, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wachstum beitragen, zum beiderseitigen Nutzen sind und für ausgewogene Investitionsströme sorgen; weist jedoch auf die <u>Undurchsichtigkeit der chinesischen Finanzmärkte</u> hin; betont, dass zumindest ein <u>Verhaltenskodex</u> eingeführt werden muss, der die <u>Transparenz chinesischer Investitionsvorgänge auf dem EU-Markt</u> gewährleistet; fordert die Europäische Union und China auf, ihre jeweiligen Märkte in gleichem Maße für Investitionen des Partners zu öffnen und gleichzeitig <u>Transparenzvorschriften</u> einzuführen;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
Marktzugang		
14. begrüßt den Umstand, dass sich seit dem Beitritt Chinas zur WTO eine steigende Zahl von Industriesektoren in dem Land für Investoren geöffnet hat; ist jedoch besorgt darüber, dass gleichzeitig in bestimmten Sektoren ausländische Investitionen ganz oder teilweise untersagt und diskriminierende Maßnahmen gegen ausländische Unternehmen – insbesondere gegen grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen – eingeleitet wurden;	13. begrüßt den Umstand, dass sich seit dem Beitritt Chinas zur WTO eine steigende Zahl von Industriesektoren in dem Land für <u>ausländische</u> Investoren geöffnet hat; ist jedoch besorgt darüber, dass gleichzeitig <u>in bestimmten Sektoren ausländische Investitionen ganz oder teilweise untersagt und diskriminierende Maßnahmen gegen ausländische Firmen – insbesondere gegen grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen – eingeleitet wurden</u> ;	7. begrüßt den Umstand, dass sich seit dem Beitritt Chinas zur WTO eine steigende Zahl von Industriesektoren in dem Land für Investoren geöffnet hat; ist jedoch besorgt darüber, dass gleichzeitig <u>diskriminierende Maßnahmen gegen ausländische Firmen – insbesondere gegen grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen – eingeleitet wurden</u> ;
15. ist der Ansicht, dass in China protektionistische Praktiken, ausufernde Bürokratie, die Unterbewertung des Renminbi, Subventionen verschiedener Art und die fehlende Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPR) im angemessenen und vereinbarten Umfang <u>den uneingeschränkten Marktzugang vieler EU-Unternehmen verhindern</u> ;	14. ist der Ansicht, dass in China protektionistische Praktiken, ausufernde Bürokratie, die Unterbewertung des Renminbi, Subventionen verschiedener Art und die fehlende Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte (IPR) <u>im angemessenen und vereinbarten Umfang den uneingeschränkten Marktzugang vieler EU-Unternehmen verhindern</u> ;	8. ist der Ansicht, dass protektionistische Praktiken in China, ausufernde Bürokratie, die Unterbewertung des Renminbi, Subventionen verschiedener Art und die fehlende Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte (IPR) <u>den Marktzugang vieler EU-Unternehmen verhindern</u> ;

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
16. fordert China auf, seine Märkte weiter für Waren und Dienstleistungen zu öffnen und weitere Wirtschaftsreformen durchzuführen, um einen stabilen, berechenbaren und transparenten Rechtsrahmen für EU-Unternehmen zu schaffen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU);	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
17. fordert die Kommission auf, mit der chinesischen Regierung den Entwurf des chinesischen Postgesetzes zu erörtern, solange dieser Entwurf eine Bestimmung enthält, die ausländische Eilkurierdienste behindern würde; ist der Ansicht, dass ein ausgewogener Ordnungsrahmen für Post- und Eilkurierdienste erforderlich ist, damit China auf dem Eilkuriermarkt die Politik der Förderung ausländischer Investitionen und des lautereren Wettbewerb fortsetzt;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
18. würdigt die von den chinesischen Behörden unternommenen Schritte zur Verringerung des Verwaltungsaufwands auf nationaler Ebene und die Fortschritte im Bereich der elektronischen Behördendienste, die darauf abzielen, Rechtsakte der Allgemeinheit zugänglich zu machen; merkt jedoch an, dass weitere Fortschritte erforderlich sind, um einen freien und gleichberechtigten Zugang ausländischer Unternehmen zum chinesischen Markt zu gewährleisten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
19. hebt hervor, dass eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes für EU-Unternehmen Möglichkeiten in zahlreichen Bereichen eröffnen wird , beispielsweise im Maschinenbau, bei Chemikalien, im Fahrzeugbau, bei Arzneimitteln sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, bei Vorhaben im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), in der Landwirtschaft, im Bauwesen sowie bei Finanz-, Versicherungs-, Telekommunikations- und Endkundendiensten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
Hemmnisse, Normen		
20. stellt fest, dass nichttarifäre Handelshemmnisse für EU-Unternehmen in China und für chinesische und Drittland-Unternehmen in der Europäischen Union, vor allem KMU, ein großes Hindernis darstellen;	19. stellt fest, dass nichttarifäre Handelshemmnisse (NTH) für EU-Unternehmen in China <u>und für chinesische und Drittland-Unternehmen in der EU</u> , vor allem für KMU, ein großes Hindernis darstellen;	12. stellt fest, dass nichttarifäre Handelshemmnisse (NTH) ein großes Hindernis für <u>EU-Unternehmen, vor allem KMU</u> , darstellen;

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
21. ersucht China, internationale Normen für Produkte und Dienstleistungen zu übernehmen, um den Handel zwischen China und anderen Ländern weiter voranzubringen; begrüßt die Tatsache, dass China zunehmend in internationalen Normungsgremien mitarbeitet; ist der Ansicht, dass dies unterstützt werden sollte und die Europäische Union im Gegenzug in den für Normen zuständigen chinesischen Stellen mitarbeiten sollte; unterstreicht, dass chinesische Einfuhren den europäischen Normen für Lebensmittel und Non-Food-Erzeugnisse entsprechen müssen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>sinngemäß wie angenommener Text</i>
Rohstoffe		
22. bedauert, dass die chinesische Regierung an handelsverzerrenden Ausfuhrbeschränkungen wie Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe festhält; fordert die Kommission auf, in allen bilateralen Verhandlungen mit China auf dem Wegfall aller bestehenden Ausfuhrbeschränkungen zu bestehen; betont, dass die Aufhebung dieser Ausfuhrbeschränkungen ein Kernelement des fairen Handels zwischen der Europäischen Union und China ist; unterstreicht, dass es alle künftigen Handelsvereinbarungen mit China unter diesem Gesichtspunkt prüfen wird;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
Staatliche Beihilfen		
23. ist besorgt über die fortgesetzten staatlichen Eingriffe in die Industriepolitik sowie eindeutig diskriminierende Einschränkungen wie unbegrenzte staatliche Mittel zur Exportfinanzierung und Beschränkungen für den Grunderwerb durch Ausländer in bestimmten Sektoren, die für EU-Unternehmen zu Verzerrungen auf dem chinesischen Markt führen;	22. ist besorgt darüber, dass EU-Unternehmen aufgrund der fortgesetzten staatlichen Eingriffe in die Industriepolitik sowie der eindeutig diskriminierenden Einschränkungen, wie unbegrenzte staatliche Mittel zur Exportfinanzierung und Beschränkungen für den Erwerb von Eigentum durch Ausländer in bestimmten Sektoren, auf dem chinesischen Markt benachteiligt sind ;	14. <i>missbilligt die fortgesetzten staatlichen Eingriffe in die Industriepolitik sowie eindeutig diskriminierende Einschränkungen wie unbegrenzte staatliche Mittel zur Exportfinanzierung und Beschränkungen für den Grunderwerb durch Ausländer in bestimmten Sektoren, die für EU-Unternehmen zu Verzerrungen auf dem chinesischen Markt führen;</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
Öffentliches Auftragswesen		
24. fordert China auf, dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) entsprechend der 2001 gegebenen Zusage beizutreten, konstruktive Verhandlungen über die Öffnung seiner Märkte für das öffentliche Auftragswesen zu führen und bis zum erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen transparente, kalkulierbare und faire Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden, damit sich ausländische Unternehmen gleichberechtigt beteiligen können; fordert China auf, EU-Unternehmen, die sich in China niedergelassen haben und tätig sind, den sofortigen Zugang zu ermöglichen;	23. fordert China auf, dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement, GPA) <u>entsprechend der 2001 gegebenen Zusage</u> beizutreten, konstruktive Verhandlungen über die Öffnung seiner Märkte für das öffentliche Auftragswesen zu führen und bis zum erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen transparente, <u>kalkulierbare</u> und faire Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden, damit sich ausländische Unternehmen gleichberechtigt beteiligen können; <u>fordert China auf, EU-Unternehmen, die sich in China niedergelassen haben und tätig sind, sofort die Beteiligung zu ermöglichen;</u>	15. fordert China auf, dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement, GPA) <u>so schnell wie möglich</u> beizutreten, konstruktive Verhandlungen über die Öffnung seiner Märkte für das öffentliche Auftragswesen zu führen und bis zum erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen transparente und faire Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden, damit sich ausländische Unternehmen gleichberechtigt beteiligen können;
Währung		
25. begrüßt einen gewissen Anstieg des Wertes des Renminbi in 2008; ersucht China nachdrücklich, eine weitere Aufwertung des Renminbi zuzulassen, damit sein Wert auf internationalen Finanzmärkten, insbesondere im Verhältnis zum Euro, die Wirtschaftskraft Chinas stärker widerspiegelt; fordert China auf, mehr Devisenreserven in Euro zu halten;	24. begrüßt einen gewissen Anstieg des Wertes des Renminbi in diesem Jahr; ersucht China nachdrücklich, eine weitere Aufwertung des Renminbi zuzulassen, damit der Wert dieser Währung auf den internationalen Finanzmärkten, und vor allem im Verhältnis zum Euro, ein realistischeres Bild von der Wirtschaftskraft Chinas vermittelt; <u>fordert China auf, mehr Devisenreserven in Euro zu halten;</u>	16. begrüßt einen gewissen Anstieg des Wertes des Renminbi in diesem Jahr; ersucht China nachdrücklich, eine weitere Aufwertung des Renminbi zuzulassen, damit sein Wert auf internationalen Finanzmärkten, insbesondere im Verhältnis zum Euro, die Wirtschaftskraft Chinas stärker widerspiegelt;
Präsenz und Hilfe der Europäischen Union		
26. begrüßt die Fortschritte bei der Einrichtung eines EU-Zentrums in Peking, das KMU unterstützen wird, und bei der Umwandlung der Haushaltslinie zur Finanzierung des Zentrums in eine ständige Haushaltslinie, sodass dessen Zukunft gesichert ist; spricht sich dafür aus zu gewährleisten, dass dieses Zentrum über ein klares Mandat verfügt, wodurch sich die Schaffung doppelter Strukturen vermeiden lässt und sich Synergieeffekte mit vorhandenen öffentlichen und privaten Einrichtungen der Mitgliedstaaten ergeben; begrüßt die vom IPR-Helpdesk für EU-KMU erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Informationen und Schulungen für europäische KMU zum Thema Schutz und Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums in China;	25. begrüßt die Fortschritte beim Aufbau eines EU-Zentrums in Peking, das KMU unterstützen wird, und bei der Umwandlung der Haushaltslinie zur Finanzierung des Zentrums in eine ständige Haushaltslinie, so dass dessen Zukunft gesichert ist; <u>spricht sich dafür aus zu gewährleisten, dass dieses Zentrum über ein klares Mandat verfügt, sodass doppelte Strukturen vermieden werden und sich Synergieeffekte mit bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten ergeben;</u> begrüßt die vom IPR-Helpdesk für KMU erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Informationen und Schulungen für europäische KMU zum Thema Schutz und Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte in China;	17. begrüßt die Fortschritte bei der Einrichtung eines EU-Zentrums in Peking, das KMU unterstützen wird, und bei der Umwandlung der Haushaltslinie zur Finanzierung des Zentrums in eine ständige Haushaltslinie, so dass dessen Zukunft gesichert ist; begrüßt die vom IPR-Helpdesk für KMU erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Informationen und Schulungen für europäische KMU zum Thema Schutz und Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte in China;

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
27. betont, dass insbesondere KMU bei der Überwindung von Hemmnissen für den Marktzugang unterstützt werden müssen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ein erfolgreiches Wirken der EU-Marktzugangsteams in China zu gewährleisten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>sinngemäß wie angenommener Text</i>
Energie, nachhaltige Energiewirtschaft		
28. fordert die Europäische Union und China auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den Handel mit umweltfreundlichen Waren und Dienstleistungen und verstärkte Investitionen in nachhaltige Projekte und Infrastrukturen zu fördern und in der Industrie Entwicklungen zu unterstützen, die zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen beitragen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>sinngemäß wie angenommener Text</i>
29. hebt die Chancen hervor, die der entstehende chinesische Sektor für erneuerbare Energiequellen für den europäischen Sektor für erneuerbare Energiequellen birgt; fordert China zur Verbesserung des Marktzugangs in diesem Bereich auf;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>sinngemäß wie angenommener Text</i>
30. fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und China, um den Transfer kohlendioxidemissionsarmer Technologien , insbesondere zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, zu fördern; betont, dass die Entwicklung und Anwendung von Systemen zur Abscheidung und geologischen Speicherung von Kohlendioxid in China von wesentlicher Bedeutung ist, da Kohle eine wichtige Rolle für die chinesische Wirtschaft spielt; fordert die Kommission auf, Möglichkeiten zu prüfen, den Austausch bewährter Verfahren mit China im Bereich nachhaltige Entwicklung stärker zu fördern;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
Finanzdienstleistungen		
31. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Investitionen von EU-Unternehmen in China unverändert Beschränkungen unterliegen, wobei dies insbesondere für den Banken- und Versicherungssektor gilt, wo hohe und diskriminierende Lizenzierungskosten gezahlt werden müssen und die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Unternehmen vorgeschrieben ist; appelliert an China, sich unbedingt mit diesen Problemen zu befassen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
32. ist der Auffassung, dass tiefe, liquide, offene, transparente und gut regulierte Finanzmärkte das Wirtschaftswachstum fördern können , hält den chinesischen Wertpapier-, Banken- und Versicherungssektor für wenig entwickelt und fordert China auf, sich umfassend an der weltweiten Diskussion über die Verbesserung des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens für die Finanzmärkte zu beteiligen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
33. hält es für wichtig, dass China sich am IWF beteiligt und mit dem IWF bei der Ausarbeitung eines weltweiten Verhaltenskodexes für Staatsfonds zusammenarbeitet, da auf diesem Wege möglicherweise für mehr Transparenz gesorgt werden kann;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
34. fordert die Kommission auf, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die maßgeblichen europäischen Industriebranchen und Dienstleistungssektoren , die eine wesentliche Rolle für die Gestaltung der Export-/Import-Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China spielen, so frühzeitig wie möglich zu bewerten; fordert, dass ihm diese Bewertung übermittelt wird, sobald eine eindeutige Tendenz feststellbar ist;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
Freier und fairer Handel		
Anti-Dumping-Maßnahmen/ Marktwirtschaftsstatus		
35. ist der Ansicht, dass ein ständiger Dialog zwischen den Handelsbehörden dazu beitragen kann, Handelsstreitigkeiten zu vermeiden und beizulegen; weist dennoch darauf hin, dass der wirksame und effiziente Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente dazu beiträgt, im Handel zwischen China und der Europäischen Union für faire Bedingungen zu sorgen – zumal die Zahl der Anti-Dumping-Verfahren gegen chinesische Hersteller steigt;	34. ist der Ansicht, dass ein ständiger Dialog zwischen den Handelsbehörden dazu beitragen kann, Handelsstreitigkeiten zu vermeiden und beizulegen; weist dennoch darauf hin, dass der wirksame und effiziente Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente dazu beiträgt, im Handel zwischen China und der EU für faire Bedingungen zu sorgen – zumal die Zahl der Antidumpingverfahren gegen chinesische Hersteller steigt;	22. fordert die Kommission auf, sich im Wege des Dialogs um die Beilegung von Handelsstreitigkeiten zu bemühen; verweist darauf, dass handelspolitische Schutzinstrumente genutzt werden können, um faire Bedingungen im Handel zwischen China und der EU zu gewährleisten, und ist besorgt über die Anzahl der gegen chinesische Hersteller laufenden Antidumpingverfahren;
36. vertritt die Ansicht, dass die chinesische Wirtschaft den Kriterien einer Marktwirtschaft in vielen Bereichen noch nicht entspricht; fordert die Kommission auf, mit der chinesischen Regierung zusammenzuarbeiten, damit die Hemmnisse für die Erlangung des Status einer Marktwirtschaft überwunden werden; fordert, dass China dieser Status erst bei Erfüllung aller Kriterien zuerkannt wird;	35. vertritt die Ansicht, dass die chinesische Wirtschaft den Kriterien einer Marktwirtschaft in vielen Bereichen noch nicht entspricht; fordert die Kommission auf, mit der chinesischen Regierung zusammenzuarbeiten, damit die Hemmnisse für die Erlangung des Status einer Marktwirtschaft überwunden werden; fordert, dass China dieser Status erst bei Erfüllung aller Kriterien zuerkannt wird;	23. vertritt die Ansicht, dass die chinesische Wirtschaft in vielen Bereichen noch nicht den Kriterien einer Marktwirtschaft entspricht, und fordert die Kommission auf, China den Status einer Marktwirtschaft erst zu erteilen, wenn es die entsprechenden Kriterien erfüllt hat;
Rechte des geistigen Eigentums und Produktfälschungen		
37. nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die wirksame Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums nach wie vor äußerst schwierig ist, obwohl China bei der Überarbeitung seiner Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des geistigen Eigentums vorangekommen ist;	36. nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die wirksame Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten (IPR) nach wie vor äußerst schwierig ist, obwohl China bei der Überarbeitung seiner Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des geistigen Eigentums vorangekommen ist;	24. nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die wirksame Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten (IPR) nach wie vor äußerst schwierig ist, obwohl China bei der Modernisierung/Vereinfachung seiner Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des geistigen Eigentums vorangekommen ist;
38. fordert China auf, verstärkt gegen die Defizite bei der Anwendung und Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums vorzugehen; verweist auf die Bedeutung der Harmonisierung der Handelspolitik und -regulierung auf zentraler und regionaler Ebene in China und ihrer einheitlichen Umsetzung im ganzen Land;	wie angenommener Text	wie angenommener Text

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
39. bringt seine Besorgnis über das Ausmaß der Produktfälschungen und Markenpiraterie in China zum Ausdruck, das auf einem beängstigend hohen Niveau verharrt; fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden auf nationaler und regionaler Ebene ihren Kampf gegen Produktfälschungen fortzusetzen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
40. äußert tiefe Besorgnis über die steigende Zahl von Geschmacks- und Gebrauchsmustern in China, die vielfach nur Nachahmungen oder geringfügige Abänderungen vorhandener europäischer Technologien sind und keine echten Neuerungen enthalten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
41. vertritt die Ansicht, dass es aufgrund des wachsenden Innovationsreichtums Chinas in dessen eigenem Interesse liegt, die Rechte des geistigen Eigentums zu schützen; geht jedoch davon aus, dass Vorschriften, die die Anmeldung von Erfindungen ausschließlich in China vorsehen, die Geschäftstätigkeit stark einschränken, China um die aus der Innovation hervorgehenden Vorteile bringen und die Marke "Made in China" entwerten würden;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
Zoll		
42. begrüßt die Unterzeichnung eines gemeinsamen Zoll-Aktionsplans zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, der eine verstärkte Zusammenarbeit der Zollbehörden bei der Beschlagnahme gefälschter Produkte und die Umsetzung konkreter Maßnahmen gegen den Verkauf gefälschter Produkte vorsieht; fordert die Kommission auf, mit China Verhandlungen über dessen Bedingungen für die Teilnahme am Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) zu führen;	41. begrüßt die Unterzeichnung eines gemeinsamen Zoll-Aktionsplans zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, der eine verstärkte Zusammenarbeit der Zollbehörden bei der Beschlagnahme gefälschter Produkte und die Umsetzung konkreter Maßnahmen gegen den Verkauf gefälschter Produkte vorsieht; <u>fordert die Kommission auf, mit China Verhandlungen über dessen Bedingungen für die Teilnahme am Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zu führen;</u>	27. begrüßt die Unterzeichnung eines gemeinsamen Zoll-Aktionsplans zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, der eine verstärkte Zusammenarbeit der Zollbehörden bei der Beschlagnahme gefälschter Produkte und die Umsetzung konkreter Maßnahmen gegen den Verkauf gefälschter Produkte vorsieht, <u>bedauert aber, dass China das Angebot zur Teilnahme am Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement, ACTA) nicht angenommen hat;</u>
43. ersucht die Kommission, im Rahmen des Abkommens über Zusammenarbeit im Zollbereich, mit dem der Handel erleichtert werden soll, intensiver mit den chinesischen Behörden zusammenzuarbeiten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
44. fordert die Kommission auf, anknüpfend an die Absichtserklärung zu Textilien aus dem Jahr 2005 die Gespräche über Entwicklungen im Rahmen des Dialogs über den Textilhandel zwischen der Europäischen Union und China sowie des Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene (HLM) fortzusetzen; fordert die Kommission auf, die chinesischen Textileinfuhren aufmerksam zu verfolgen;	43. fordert die Kommission auf, anknüpfend an die Absichtserklärung zu Textilien aus dem Jahr 2005 die Gespräche über Entwicklungen im Rahmen des Dialogs über den Textilhandel zwischen der Europäischen Union und China sowie des Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene fortzusetzen; <u>fordert die Kommission auf, die chinesischen Textileinfuhren aufmerksam zu verfolgen;</u>	29. fordert die Kommission auf, anknüpfend an die Absichtserklärung zu Textilien aus dem Jahr 2005 die Gespräche über Entwicklungen im Rahmen des Dialogs über den Textilhandel zwischen der EU und China sowie des Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene (HLM) fortzusetzen; <u>unterstreicht, dass ein Doppelkontrollmechanismus für chinesische Textileinfuhren besser geeignet ist als Quoten, wobei das nicht dazu führen darf, dass der freie Handel weiter behindert wird;</u>
Soziale und ökologische Auswirkungen		
45. bringt seine tiefe Besorgnis über die durch Chinas Industrie verursachte starke Umweltverschmutzung und ihren wachsenden Verbrauch natürlicher Ressourcen, insbesondere aus nicht nachhaltigen Quellen, zum Ausdruck; ist sich der europäischen Mitverantwortung für die Situation bewusst, da sich ein hoher Anteil der chinesischen Industrieproduktion im Besitz europäischer Unternehmen befindet oder von europäischen Unternehmen und Händlern für den Verbrauch in Europa in Auftrag gegeben wird;	44. bringt seine tiefe Besorgnis über die durch Chinas Industrie verursachte starke Umweltverschmutzung und ihren wachsenden Verbrauch natürlicher Ressourcen, insbesondere aus nicht erneuerbaren Quellen, zum Ausdruck; <u>ist sich der europäischen Mitverantwortung für die Situation bewusst, da sich ein hoher Anteil der chinesischen Industrieproduktion im Besitz europäischer Unternehmen befindet oder von europäischen Unternehmen und Händlern für den Verbrauch in Europa in Auftrag gegeben wird;</u>	30. bringt seine tiefe Besorgnis über die durch Chinas Industrie verursachte starke Umweltverschmutzung und ihren wachsenden Verbrauch natürlicher Ressourcen, insbesondere aus nicht nachhaltigen Quellen, zum Ausdruck;
46. stellt fest, dass das kräftige Wirtschaftswachstum der letzten Jahre in China nicht allen Teilen der dortigen Bevölkerung zugute gekommen ist und dass die soziale Kluft zwischen Arm und Reich noch nie so groß war wie heute;	45. <u>betont, dass das starke Wirtschaftswachstum der letzten Jahre in China nicht allen Teilen der dortigen Bevölkerung zugute gekommen ist und dass die soziale Kluft zwischen Arm und Reich noch nie so groß war wie heute; ist der Ansicht, dass eine gerechtere Verteilung des Wohlstands erforderlich ist, um in China für eine sozial nachhaltige Entwicklung zu sorgen;</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
47. begrüßt das umweltpolitische Engagement Chinas bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele 2008; fordert die chinesische Regierung auf, zum Erfolg der vom 30. November bis 11. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfindenden Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 15) beizutragen und dafür zu sorgen, dass in seinem Finanzsektor Vorbereitungen auf eine Teilnahme am internationalen Emissionsrechtssystem getroffen werden;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
48. fordert China nachdrücklich auf, an der COP 15 teilzunehmen und sich seiner Verantwortung zu stellen, indem es im Rahmen der angestrebten Verringerung von Treibhausgasemissionen und im Kampf gegen den Klimawandel seinen Beitrag leistet;	47. fordert China nachdrücklich auf, an der COP 15 teilzunehmen und sich seiner Verantwortung zu stellen, indem es im Rahmen der angestrebten Verringerung von Treibhausgasemissionen und im Kampf gegen den Klimawandel seinen Beitrag leistet;	31. fordert China nachdrücklich auf, an der von 30. November bis 11. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfindenden Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 15) teilzunehmen <u>und sich durch Übernahme seines Anteils an den globalen Treibhausgasemissionen und am weltweiten Kampf gegen den Klimawandel seiner Verantwortung zu stellen;</u>
49. ersucht die chinesischen Behörden eindringlich, konkrete Schritte zur Übernahme und Förderung der Nutzung von Technologien und Methoden zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu unternehmen; verweist darauf, dass die Förderung umweltfreundlicher Technologien ein entscheidendes Kriterium sein wird, wenn die chinesische Regierung das Wirtschaftswachstum beibehalten und gleichzeitig die Umwelt des Landes schützen will; <u>räumt ein, dass nicht erwartet werden kann, dass China die mit einer Senkung der Treibhausgasemissionen verbundenen Belastungen seiner Bevölkerung auferlegt, ohne dass der Westen tätig wird;</u>	48. ersucht die chinesischen Behörden eindringlich, konkrete Schritte <u>zur Übernahme</u> und Förderung der Nutzung von Technologien und Methoden zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu unternehmen; verweist darauf, dass die Förderung umweltfreundlicher Technologien ein entscheidendes Kriterium sein wird, wenn die chinesische Regierung das Wirtschaftswachstum beibehalten und gleichzeitig die Umwelt des Landes schützen will; <u>räumt ein, dass nicht erwartet werden kann, dass China die mit einer Senkung der Treibhausgasemissionen verbundenen Belastungen seiner Bevölkerung auferlegt, ohne dass der Westen tätig wird;</u>	32. <u>ersucht die chinesischen Behörden eindringlich, konkrete Schritte zur Nutzung</u> und Förderung der Nutzung von Technologien und Methoden zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu unternehmen; verweist darauf, dass die Förderung umweltfreundlicher Technologien ein entscheidendes Kriterium sein wird, wenn die chinesische Regierung das Wirtschaftswachstum beibehalten und gleichzeitig die Umwelt des Landes schützen will;
50. ist besorgt über die <u>Kinderarbeit</u> in China; ersucht die Kommission, dieses Problem so bald wie möglich anzusprechen; fordert die chinesische Regierung auf, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, dass der Kinderarbeit die Grundlage entzogen wird, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu setzen;	49. ist besorgt über die Kinderarbeit in China; ersucht die Kommission, dieses Problem so bald wie möglich anzusprechen; fordert die chinesische Regierung auf, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, dass der Kinderarbeit die Grundlage entzogen wird, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu setzen;	33. ist besorgt über die <u>Zunahme</u> der Kinderarbeit in China; <u>ersucht die Kommission, dieses Problem beim Gipfeltreffen EU-China im Dezember in Lyon anzusprechen, und bittet die chinesische Regierung, sich mit ganzer Kraft für ein Verbot der Kinderarbeit einzusetzen;</u>
51. appelliert an China, <u>Schlüsselübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation</u> zu ratifizieren, insbesondere das Übereinkommen Nr. 87 über Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, sowie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den China zwar unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert hat;	50. appelliert an China, Schlüsselübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren, insbesondere das Übereinkommen Nr. 87 über Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, <u>sowie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den China zwar unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert hat;</u>	34. appelliert an China, Schlüsselübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren, insbesondere das Übereinkommen Nr. 87 über Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts;
52. begrüßt die von China vollzogene Umsetzung der internationalen Finanzberichterstattungsnormen (IFRS) in innerstaatliches Recht; legt China nahe, die Übernahme der IFRS fortzusetzen und dabei die tatsächliche Anwendung der Normen zu gewährleisten; fordert die Kommission auf, die Übernahme und Umsetzung der IFRS in China sorgfältig zu überwachen;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
53. fordert in China tätige europäische Unternehmen auf, sich im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und der Umwelt an den höchsten internationalen Normen und an bewährten Verfahren zu orientieren;	52. fordert in China tätige europäische Unternehmen auf, sich im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und der Umwelt an den internationalen Normen der höchsten Ebene und an bewährten Verfahren zu orientieren und einer obligatorischen Überwachung durch unabhängige Stellen zuzustimmen;	35. fordert in China tätige europäische Unternehmen auf, im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und der Umwelt bewährte Praktiken zu nutzen;
54. ist besorgt über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitnehmerrechte in China; fordert China auf, die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden;	53. ist besorgt über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitnehmerrechte in China; fordert die Kommission auf, im Rahmen ihrer formellen und informellen Beziehungen zu China regelmäßig auf die wichtigsten IAO-Standards hinzuweisen;	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
55. fordert die Europäische Union und China auf, bei den Normen für Pkw, Lkw, schwere Nutzfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe zusammenzuarbeiten, um die Treibhausgasemissionen zu senken und für klimafreundlichere Normen zu sorgen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
56. fordert, dass die Europäische Union und China im Bereich Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe (REACH) zusammenarbeiten;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
57. ist beunruhigt über die jüngste Häufung von Vorfällen, bei denen es um gefährliche chinesische Produkte und insbesondere Kinderspielzeug, Lebensmittel und Medikamente ging; begrüßt die Entschlossenheit der chinesischen Regierung, dieses Problem zu lösen; fordert die Kommission auf, die Unterstützung und Koordinierung mit den chinesischen Behörden auf diesem Gebiet zu verstärken;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
58. verurteilt entschieden die Todesurteile, die chinesische Staatsorgane gegen einige der Personen verhängt haben, die an der Verunreinigung von Säuglingsanfangsnahrung in Pulverform mit Melamin beteiligt waren;	<i>Abschnitt fehlt</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
59. begrüßt die von der Kommission auf diesem Gebiet unternommenen Anstrengungen in Form der Einführung eines Systems der vierteljährlichen Berichterstattung über die von China durchgeführten Kontrollmaßnahmen zur Ermittlung der Herkunft der im Rahmen des Systems Rapex-China gemeldeten gefährlichen Erzeugnisse, und stellt fest, dass dies die Sicherheit der europäischen Verbraucher verbessert;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
60. unterstreicht die Bedeutung der trilateralen Beziehungen zwischen der Kommission, der US-Regierung und der chinesischen Regierung, die auf die Verbesserung der weltweiten Regelungen für die Produktsicherheit abzielen ; stellt fest, dass es in diesem Zusammenhang äußerst sinnvoll wäre, den Vorschlag der Kommission zur Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für die Sicherheit von Produkten und Importen im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrats zügig zu verwirklichen;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
Weiteres Vorgehen		
61. stellt fest, dass sich die chinesische Gesellschaft in den letzten 30 Jahren stark verändert hat und dass sich ein dauerhafter Fortschritt nur allmählich vollziehen kann; ist der Überzeugung, dass Demokratie eine funktionierende Zivilgesellschaft erfordert, die ihrerseits durch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union gestärkt wird ; vertritt daher die Auffassung, dass der "Wandel durch Handel" ein Weg ist, einen Beitrag zum Wandel Chinas hin zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft, der allen Teilen der Gesellschaft zugute kommt, zu leisten; bedauert die Tatsache, dass die Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und China zu keinen wesentlichen Fortschritten beim Menschenrechtsdialog geführt haben; ist jedoch der Auffassung, dass weitere Reformen, insbesondere im Bereich der Umwelt- und der Sozialpolitik, erforderlich sind, um einen generellen und dauerhaften Fortschritt zu bewirken;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
62. bedauert, dass China aufgrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise das für den 1. Dezember in Lyon geplante Gipfeltreffen EU-China verschoben hat; unterstreicht die zentrale Bedeutung eines konstruktiven Dialogs über den Klimawandel sowie der gegenseitigen Verständigung über die wichtigsten Handelsfragen zu einem für die Weltwirtschaft kritischen Zeitpunkt; gibt der Hoffnung Ausdruck, dass möglichst bald ein solches Gipfeltreffen stattfindet;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
63. ersucht China, sich auch künftig umfassend mit darum zu bemühen, die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda zu beschleunigen;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>sinngemäß wie angenommener Text</i>
64. betont, dass das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-China auf einen freien und fairen Handel ausgerichtet sein sollte, der auf der Durchsetzung von Klauseln zu Menschenrechten, Umweltbelangen, Fragen der nachhaltigen Entwicklung und sozialen Aspekten beruht;	62. betont, dass das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-China auf einen freien und fairen Handel ausgerichtet sein sollte, <u>der auf der Durchsetzung von Klauseln zu Menschenrechten, Umweltbelangen, Fragen der nachhaltigen Entwicklung und sozialen Aspekten beruht;</u>	38. betont, dass das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-China auf freien und fairen Handel ausgerichtet sein <u>und auch durchsetzbare Klauseln zu Menschenrechten, Umweltbelangen, Fragen der nachhaltigen Entwicklung und sozialen Aspekten beinhalten sollte;</u>
65. begrüßt die <u>Einrichtung des Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene (HLM) als Plattform für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China auf strategischer Ebene; vertritt die Ansicht, dass ein wichtiges Element dieses Prozesses darin zu sehen ist, dass der Mechanismus zufriedenstellende Lösungen für Ärgernisse im Handel ermöglicht; fordert die Kommission auf, dem HLM dadurch mehr Profil zu verleihen, dass sie 2009 einen der Vizepräsidenten der neu gebildeten Kommission zum Kommissar mit koordinierender Funktion ernennt und mit der Leitung der HLM-Delegation beauftragt;</u>	63. begrüßt die Einrichtung des Mechanismus für einen Wirtschafts- und Handelsdialog auf hoher Ebene (HLM) als Plattform für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und China auf strategischer Ebene; vertritt die Ansicht, dass ein wichtiges Element dieses Prozesses darin zu sehen ist, dass der Mechanismus zufriedenstellende Lösungen für Ärgernisse im Handel ermöglicht; <u>fordert die Kommission auf, dem HLM dadurch mehr Profil zu verleihen, dass sie 2009 einen der Vizepräsidenten der neu gebildeten Kommission zum Kommissar mit koordinierender Funktion ernennt und mit der Leitung der HLM-Delegation beauftragt;</u>	39. begrüßt die Einrichtung des HLM als Plattform für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und China auf strategischer Ebene und vertritt die Ansicht, dass ein wichtiges Element dieses Prozesses darin zu sehen ist, dass der HLM zufriedenstellende Lösungen für Ärgernisse im Handel ermöglicht;
66. ersucht die Kommission, dafür zu sorgen, dass alle bestehenden Abkommen mit China im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) zur Förderung der Zusammenarbeit in diesem Bereich wirksam umgesetzt werden; empfiehlt, <u>die Anstrengungen im Bereich FuE zwischen der Europäischen Union und China im Hinblick auf bahnbrechende technologische Entwicklungen, Erfordernisse der Gesellschaft, Umweltkatastrophen und künftige wirtschaftliche Entwicklungen stärker strategisch auszurichten</u> und dabei einen größeren Sachbezug herzustellen; fordert beide Parteien auf, den Technologietransfer und den Transfer technischen Wissens zu erleichtern, indem <u>Austauschprogramme für Forscher und Akademiker</u> gefördert werden;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
67. begrüßt die Annäherung zwischen China und Taiwan; betrachtet Taiwan, den viertgrößten Handelspartner der Europäischen Union in Asien, als wirtschaftliches und handelspolitisches Rechtssubjekt; unterstützt die Teilnahme Taiwans als Beobachter in wichtigen internationalen Organisationen, in denen hierfür keine Eigenstaatlichkeit erforderlich ist, z.B. in der ILO;	<u>Abschnitt fehlt</u> , Aufnahme des Abschnitts in Plenardebatte durch Berichterstatterin beantragt	Abschnitt fehlt im Erstentwurf
68. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen europäischen und chinesischen Hochschulen und größere Mobilität für Wissenschaftler, Forscher und Studenten zwischen der Europäischen Union und China;	<u>wie angenommener Text</u>	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
69. unterstützt die kontinuierliche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und China im Bereich Weltraumforschung, -anwendungen und -technologie; ist der Auffassung, dass eine enge Zusammenarbeit für die Koexistenz der Programme Compass und Galileo von entscheidender Bedeutung ist, insbesondere um deren Kompatibilität im Interesse der Nutzer in der ganzen Welt sicherzustellen;	66. unterstützt die kontinuierliche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und China im Bereich Weltraumforschung, -anwendungen und -technologie; macht den Rat und die Kommission darauf aufmerksam, dass sowohl China als auch die EU von den Erfahrungen der fünfjährigen engen Zusammenarbeit im Bereich der Satellitennavigation – mit dem Schwerpunkt Galileo – profitiert haben; ist jedoch der Ansicht, dass es an der Zeit ist, diese formelle Zusammenarbeit an die veränderten Bedingungen anzupassen, die sich aus der Einleitung der Aufbauphase des europäischen globalen Satellitennavigationssystems und der Einführung des chinesischen Systems Compass ergeben; vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die Beziehung weiterentwickelt werden muss, um dem Nebeneinander der beiden Programme Compass und Galileo Rechnung zu tragen, insbesondere um deren Kompatibilität im Interesse der Nutzer in der ganzen Welt sicherzustellen;	<u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u>
70. ersucht die Kommission und die chinesische Regierung nachdrücklich, gemeinsam Wege zum Ausbau der parlamentarischen Dimension in der Arbeit des HLM zu suchen, die darauf ausgerichtet ist, alle Beteiligten zu erreichen und ihren Sorgen und Bedenken Gehör zu verschaffen;	<u>wie angenommener Text</u>	sinngemäß wie angenommener Text

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
71. befürwortet die Bemühungen der Kommission um die Gestaltung eines KMU-freundlichen wirtschaftlichen Umfelds durch die Annahme der Mitteilung mit dem Titel "Vorfahrt für KMU in Europa – Der "Small Business Act" für Europa" (KOM(2008)0394) und begrüßt in diesem Zusammenhang die angekündigte Initiierung eines Projekts mit dem Namen "Gateway to China", dessen Schwerpunkt auf einem Programm "Executive Training" in China liegt, damit die europäischen KMU sich bis 2010 besser auf dem chinesischen Markt behaupten können;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
72. fordert China auf, die Zusammenarbeit zwischen chinesischen Universitäten und KMU in der EU zu fördern, um die Innovationsfähigkeit der KMU in China zu verbessern und so mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Handels- und Wirtschaftsleistung zu steigern; fordert China zudem auf, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Seiten zu fördern, um klimafreundliche Technologien zu unterstützen und zu verbessern und den Ausstoß von Treibhausgasen durch europäische KMU in China zu verringern;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
73. fordert die Kommission auf, die Kooperation zwischen den Unternehmen zu fördern, auf die Website der Marktzugangsdatenbank aufmerksam zu machen und die Streitbelegungsmechanismen zu verbessern;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>
74. unterstützt Programme zum Ausbau des Handels zwischen China und der Europäischen Union, wie etwa das Programm "Executive Training"; ersucht die Kommission, die technische Unterstützung Chinas zu verstärken, damit Arbeitsschutzbestimmungen umgesetzt werden und die Zusammenarbeit im Zollwesen verbessert wird;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</i>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
<p>75. vertritt die Ansicht, dass die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Europäischen Union und China zunimmt und dass aufgrund der Komplexität und Bedeutung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China eine stärkere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen diesen und der Kommission erforderlich ist; erinnert China daran, seinen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen nachzukommen, und erwartet einen wirksamen und ergebnisorientierten Dialog mit China über die globalen Herausforderungen; befürwortet die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und China; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und China transparenter zu gestalten;</p>	<p>72. vertritt die Ansicht, dass die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der EU und China zunimmt und dass aufgrund des Umfangs und des Stellenwerts der Beziehungen zwischen der EU und China eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen diesen und der Kommission erforderlich ist; begrüßt daher das letzte Gipfeltreffen EU-China und den daraus resultierenden Mechanismus vom April 2008 für einen Handelsdialog auf hoher Ebene; erinnert China daran, seinen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, z. B. im Bereich des Urheber- und des Arbeitsrechts, nachzukommen; erwartet einen wirksamen und ergebnisorientierten Dialog mit China über die globalen Herausforderungen; bedauert den Beschluss der chinesischen staatlichen Stellen, das 11. Gipfeltreffen EU-China zu verschieben; betont, dass langfristige Handelsbeziehungen zwischen der EU und China gefordert werden sollten und hofft, dass das Gipfeltreffen EU-China in Anbetracht der Bedeutung der Beziehungen bald erneut anberaumt wird; fordert China auf, eine konstruktive Rolle bei der regionalen Zusammenarbeit zu spielen; befürwortet die strategische Partnerschaft zwischen der EU und China; begrüßt in diesem Zusammenhang die gegenwärtigen Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen; vertritt jedoch die Auffassung, dass der Abschluss der Verhandlungen nicht losgelöst von der Menschenrechtsslage in China betrachtet werden sollte; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und China transparenter zu gestalten;</p>	<p><u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u></p>
<p>76. ist der Ansicht, dass die EXPO 2010 in Schanghai, China, den europäischen Unternehmen eine großartige Gelegenheit bietet, sich zu präsentieren, Kontakte zu knüpfen und sich der chinesischen Öffentlichkeit und chinesischen Unternehmen vorzustellen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass die EU-Wirtschaft auf der EXPO 2010 mit einem Stand vertreten ist;</p>	<p><u>wie angenommener Text</u></p>	<p><u>Abschnitt fehlt im Erstentwurf</u></p>

Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 5. Februar 2009 (T6-0053/2009), angenommener Text	Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 27. Januar 2009 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (A6-0021/2009)	Entwurf eines Entwurfes einer Entschließung des Europäischen Parlamentes, am 17. Oktober 2008 vom Ausschuss für internationalen Handel vorgelegt (PE413.993)
77. ersucht die Kommission um Unterstützung bei der Schaffung eines Wirtschaftsrates China-EU nach dem Vorbild des Wirtschaftsrates USA-EU;	<i>wie angenommener Text</i>	<i>wie angenommener Text</i>
78. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Regierung der Volksrepublik China und dem Nationalen Volkskongress Chinas zu übermitteln.		
(1) ABI. C 305 E vom 14.12.2006, S. 219.		
(2) ABI. C 233 E vom 28.9.2006, S. 103.		
(3) Angenommene Texte, P6_TA(2008)0362 .		

Anlage**Erklärungen zur Abstimmung****Mündliche Erklärungen**

Kathy Sinnott (IND/DEM). - Mr President, China is a very important trade partner for the European Union, as is Taiwan. I wanted to draw attention to a very positive development in the Committee on Foreign Affairs. They voted an opinion which calls on China to respect women and children's rights by ending forced abortion and forced sterilisation. It also calls on China to end political persecution and other human rights abuses. I think this raises the issue that we cannot separate trade from other factors. I made this point in the Gaza speech about our trade with Israel – if we do not bring up issues of human rights abuse, we are in danger of having our money used to encourage human rights abuse. So I want to congratulate the Committee on Foreign Affairs for recognising the coercive nature of China's one-child policy and bringing this into the trade issue.



Zuzana Roithová (PPE-DE). - Vážení kolegové, pane předsedo, Čína vstupem do WTO v roce 2001 získala obrovské výhody. Otevřeli jsme jí své trhy, ale sama nedodržuje obchodní podmínky, ke kterým se zavázala, a my k tomu několik let v podstatě jenom přihlížíme. Já velice podporuji uzavřít strategické partnerství s tímto významným ekonomickým subjektem. Ale to strategické partnerství musí být opřeno o povinnost ze strany Číny dodržovat lidská práva, protože my potřebujeme mít partnerství s takovými zeměmi, které jsou demokratické, a nikoliv totalitní. Máme s tím, nové členské státy, své vlastní zkušenosti.



Philip Claeys (NI). - Ik heb voor het amendement van de EVP-Fractie gestemd, omdat daarin tenminste rekening wordt gehouden met het feit dat Taiwan een belangrijke economische handelsentiteit is en de deelneming van Taiwan als waarnemer aan de desbetreffende internationale organisaties wordt gesteund. Eigenlijk is dit amendement nog veel te beperkend. Aangezien Taiwan een democratisch land is dat de facto nationale soevereiniteit geniet, is het eigenlijk een schande dat Taiwan niet als volwaardige lidstaat wordt erkend in alle verschillende internationale instellingen. Het amendement spreekt over de deelneming van Taiwan als waarnemer aan deze instellingen. Welnu, ik ben van mening dat Taiwan daaraan als een volwaardige lidstaat zou moeten kunnen deelnemen.



Syed Kamall (PPE-DE). - Mr President, thank you very much for giving me this opportunity to explain my vote on the EU-China report. Overall it was a very balanced report and I am very pleased that the rapporteur, on the whole, was able to stick to the issue – which was trade – rather than focus on a number of other issues that I know a number of colleagues wanted her to focus on. However, I did have one major concern about this report, which was the reference to trade defence instruments. We have to recognise that consumers in my country – Britain – and in many other countries across the European Union have benefited from open trade with China. It helped us at the time to fight perils such as inflation. However, protecting uncompetitive EU producers, at the expense of other parties who benefit, is something that we should tackle with care. We should make sure that we get the right balance and do not ignore the benefits of trade with China for consumers, companies with globalised supply chains and the retail sector. On the whole, trade with China is to be welcomed. Eventually that will lead to all the other issues being tackled, such as better human rights and labour issues.



Nirj Deva (PPE-DE). - Mr President, China is one of our most important trading partners. It also contains one quarter of the world's population. For many years we have treated China as though it were some sort of small child that needed to be chided and argued about, as though we were some superior institution. We must not forget that China's history exceeds ours by thousands of years. China has maintained her cultural traditions and her values. We want to have China as a part of our international community, but China is very important for the EU as a trading partner and the way we should treat China is as an equal partner with respect. If we do that, then China will not only listen to us, but will trade more with us, we will be able to invest more in China and China invest more with us. At the moment China has an enormous amount of money which will have to be invested outside China. The European Union should be the place where they invest it.



Tunne Kelam (PPE-DE). - Mr President, I supported Mrs Wortmann-Kool's amendment to consider Taiwan as an economic and commercial entity, because Taiwan has been a democracy for a long time and is a viable free market economy. We must make at least political and moral efforts to support the status of Taiwan, and also to provide it with international access to organisations which are not connected with statehood.

Schriftliche Erklärungen



Martin Callanan (PPE-DE), in writing. – This report reflects China's growing power as a trading nation. It also draws attention to trade between China and Taiwan, which looks set to grow following the signature of cross-Straits commercial agreements. Closer economic ties between China and Taiwan have the potential to facilitate a more positive approach to the wider issue of cross-Straits relations. However, this détente makes little sense unless it is accompanied by Taiwan's integration into international organizations, especially those related to trade like the World Health Assembly and the International Maritime Organization. The Parliament should voice strong support for the Council's declared policy of supporting Taiwan's meaningful participation in international organizations. The Parliament should also press China on its continued reluctance to permit Taiwan a voice on the international stage. The prosperity and health of the 23 million citizens of Taiwan should not be held hostage for political purposes. Given my support for Taiwan's meaningful participation in international organizations I voted in favour of this report.



Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), în scris. – Am votat în favoarea raportului Wortmann-Kool, deoarece susțin dezvoltarea relațiilor economice dintre UE și China. Această țară a cunoscut o creștere economică formidabilă, devenind unul dintre cei mai mari actori economici pe plan mondial. Relațiile comerciale dintre UE și China au sporit enorm în ultimii ani, Europa fiind din 2006 cel mai mare partener comercial al Chinei, iar China s-a situat pe locul 2 în topul partenerilor comerciali ai UE în 2007. Astăzi este necesară o cooperare fără precedent între UE și China pentru a soluționa criza financiară și economică actuală. Consider că China, fiind unul dintre motoarele dezvoltării mondiale, ar trebui să își asume pe deplin responsabilitatea de a garanta dezvoltarea durabilă și echilibrată a economiei mondiale. Relațiile comerciale ale UE cu China ar trebui să se bazeze pe principiile reciprocității, dezvoltării durabile, protecției mediului, prevenirii schimbărilor climatice, concurenței loiale, respectării reglementărilor Organizației Mondiale a Comerțului, fără a uita drepturile omului. UE trebuie să insiste asupra respectării normelor privind protecția consumatorului, pentru ca cetățeanul european să nu mai riște să cumpere produse periculoase pentru sănătate, mărfuri cu vicii ascunse sau contrafăcute.



Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – Chaque année, ce Parlement adopte un texte sur les relations commerciales et économiques avec la Chine, et chaque année le constat qu'il établit s'aggrave: violation des droits de l'homme, pratiques commerciales déloyales, dumping, non-respect des engagements internationaux de la Chine, que ce soit à l'OMC ou à l'OIT (l'Organisation internationale du travail), contrefaçons, politique des brevets s'assimilant quasiment à du vol... La liste s'allonge et est effrayante. Plus effrayante encore est la croyance infinie du rapporteur dans le mythe du "changement démocratique par le commerce", dont la situation actuelle en Chine est le plus cinglant démenti. Ce mythe sert d'alibi à tous ceux qui font passer les intérêts mercantiles de quelques-uns avant le respect des valeurs dont ils se revendiquent, pour ne surtout pas avoir à prendre les décisions qui s'imposent: la mise en œuvre d'instruments de défense et de sanctions commerciales. Vous pensez sans doute que la Chine doit devenir l'atelier du monde, produisant à moindre coût des produits de plus ou moins – surtout moins – bonne qualité. Nous préférons, nous, une politique qui consiste à produire en Europe, avec des Européens, les produits que nous consommons, à retrouver une indépendance industrielle dans un marché européen enfin protégé.



Vasco Graça Moura (PPE-DE), por escrito. – A UE é, desde 2006, o primeiro parceiro comercial da China, e esta constitui, desde 2007, o segundo mais importante parceiro comercial da Europa. A China detém, neste momento, 6% do comércio mundial. A RPC fez uma grande caminhada desde o relatório que, em 2002, tive a honra de apresentar nesta câmara. Todavia, parece que persistem muitos dos aspectos que então mereciam reparos, ainda que de alguma maneira colmatados por progressos assinaláveis. Em matérias de impacto social e ambiental, a carência de preparação da indústria chinesa é nítida, no que deveria haver maior incentivo europeu. A China e a UE estão a negociar um Acordo de Parceria e Cooperação desde Outubro de 2007, de resultados a averiguar. Visto o apoio europeu em muitos aspectos do comércio internacional, a China não deveria incumprir compromissos assumidos no seio da OMC. Têm sido introduzidos obstáculos sob forma de regras e regulamentos, que restringem o acesso de empresas europeias em sectores estratégicos. Em Novembro, a RPC declarou a sua intenção de

abandonar o sistema de duplo controlo das importações de têxtil e calçado, de 2007. As estatísticas disponíveis não facilitam a discussão, mas podemos estar perante uma controvérsia comercial.



Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito. – Sendo impossível uma apreciação das múltiplas questões que esta resolução suscita, consideramos essencial sublinhar que defendemos o aprofundamento de reais e efectivas relações de cooperação entre os países que integram a UE e a China, baseadas na resposta às necessidades dos diferentes povos, mutuamente vantajosas e que contribuam para o desenvolvimento recíproco, respeitando o princípio da não ingerência e o respeito pelas soberanias nacionais. Com base nestes princípios, apesar de a resolução conter alguns aspectos que partilhamos, claramente a rejeitamos por assumir como sua a matriz neoliberal, nomeadamente pugnando pela prossecução da liberalização do comércio, neste caso, com a China. A resolução, escamoteando as gravíssimas consequências da liberalização do comércio mundial, incentiva ao prosseguimento da abertura de mercados entre a UE e a China, insiste nos esforços de aceleração das negociações no quadro da OMC e "salienta que o novo Acordo de Parceria e Cooperação UE-China deve visar o estabelecimento de um comércio livre e equitativo". Tal como é evidenciado noutras resoluções análogas do PE, o que se pretende é dar resposta às necessidades de expansão dos grandes grupos económicos e financeiros da UE, o que é contraditório com a resposta às necessidades dos trabalhadores e das Pequenas e Médias Empresas dos diferentes países da UE, designadamente de Portugal.



David Martin (PSE), in writing. – I support the recommendations in this report on improving market access to China, lifting barriers to trade by increasing accessibility of foreign companies in China and focuses on creating a level economic playing field.

Alexandru Nazare (PPE-DE), în scris. – În contextul crizei economice și financiare globale, relațiile dintre UE și principalii săi parteneri economici externi capătă o importanță mult mai mare decât în trecut. Stabilitatea economică și sustenabilitatea fluxurilor comerciale care implică Uniunea devin tot mai relevante pentru siguranța noastră viitoare. Am votat în favoarea raportului doamnei Wortmann-Kool privind relațiile economice și comerciale cu China deoarece consider că acesta constituie un pas înainte spre o mai bună formulare a relațiilor comerciale dintre Uniunea Europeană și un partener crucial la nivel global. Necesitatea acestui raport este relevată de realitatea dură a deficitului comercial de 160 de miliarde de euro. Însă cele mai multe dintre elementele acestui raport nu sunt doar doleanțe ale Uniunii Europene în raport cu unele aspecte ale politicii economice și comerciale ale Beijingului, ci și sugestii a căror implementare va aduce beneficii Chinei la nivel intern, precum și în perspectiva evoluției sale viitoare. Mai buna reglementare și protejare a proprietății intelectuale, diminuarea impactului social și asupra mediului al formidabilei creșteri economice a partenerului nostru asiatic, reducerea contrafacerii și pirătării de mărfuri sunt direcții de acțiune în care Beijingul a făcut deja progrese notabile, și a căror susținere în viitor nu va face decât să potențeze dezvoltarea Chinei.



Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Aj na základe svojich skúseností, ktoré som získala počas výjazdového zasadnutia delegácie Výboru pre vnútorný trh a ochranu spotrebiteľa 16. – 21. marca 2008 v Číne, som hlasovala za správu Corien Wortmann-Kool o obchodných a hospodárskych vzťahoch s Čínou. Obchodná výmena medzi EÚ a Čínou sa od roku 2000 dramaticky zvýšila, pričom EÚ je najväčším obchodným partnerom Číny a Čína druhým najväčším obchodným partnerom EÚ. Z členstva vo WTO čerpá Čína veľké výhody, naproti tomu európske firmy pri snahe dostať sa na čínsky trh musia prekonávať veľké prekážky, ktorými sú predovšetkým porušovanie patentových práv a nejednoznačný systém noriem. Víťam zámer spustiť program „Brána do Číny“ zameraný osobitne na vytvorenie školiaceho programu pre vedúcich pracovníkov v Číne s cieľom podporiť prístup európskych MSP na čínsky trh do roku 2010. Správa prináša odporúčania pre zlepšenie obchodných vzťahov Európy s Čínou, ktoré musia byť založené na zásadách reciprocity, trvalo udržateľného rozvoja, rešpektovania ekologických obmedzení, prispievania k celosvetovým cieľom v oblasti boja proti zmene klímy, spravodlivej hospodárskej súťaže a obchodu v súlade s našimi spoločnými hodnotami a pravidlami WTO. Privítala som pozmeňujúci návrh, v ktorom EÚ považuje Taiwan za hospodársky a obchodný subjekt a podporuje účasť Taiwanu ako pozorovateľa v príslušných medzinárodných organizáciách.



Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – O debate sobre as relações comerciais com a China remete-nos sempre para a questão dos direitos humanos naquele país. É compreensível. As objeções que o relacionamento com a China provoca compreendem-se à luz de várias valorações, na maior parte dos casos atendíveis. A percepção de que o crescimento económico chinês não tem um paralelo no respeito pelos direitos humanos e pela democracia naquele país, nem na sua actuação a nível internacional, a exploração da mão-de-obra, um quadro normativo laboral incomparavelmente menos exigente, a desconsideração por questões ambientais e pelas regras relativas ao direito da propriedade intelectual e pelas patentes, todos estes factores são entraves a uma relação comercial aberta e marcada pelo respeito das boas regras internacionais. No entanto, este comércio está aí, é crescente. O papel da China na economia mundial contemporânea é inegável e a sua participação para a superação da actual crise é indispensável. É, pois, necessário pressionar o respeito pelas regras e princípios do comércio internacional, pelo igual acesso aos mercados e pela defesa da democracia e dos direitos humanos, sem recusar a realidade e a crescente interdependência. Pelo contrário, há que tirar o melhor partido dessa circunstância, até para melhor influenciar este grande país.



Bogusław Rogalski (UEN), na piśmie. – W głosowaniu nad sprawozdaniem w sprawie stosunków handlowych i gospodarczych z Chinami zagłosowałem za wprowadzeniem go w życie. Chiny są drugim największym partnerem handlowym UE, a od 2006 r. UE jest największym partnerem handlowym Chin. Jest to kraj będący jednym z motorów światowego wzrostu. Bardzo istotne jest, aby stosunki handlowe krajów europejskich z Chinami były przede wszystkim oparte na zasadzie wzajemności, zrównoważonym rozwoju, przestrzeganiu wartości granicznych odnoszących się do ochrony środowiska naturalnego oraz uczciwej konkurencji. Z rozwojem stosunków handlowych powinien iść w parze dialog polityczny obejmujący temat praw człowieka. Chiny powinny zwiększyć wysiłki dotyczące egzekwowania praw własności intelektualnej oraz zająć się problemem związanym z produkcją podrabianych i pirackich produktów na swoim obszarze. Niepokojący jest również wysoki poziom zanieczyszczeń wytwarzanych przez przemysł chiński oraz związane z nim rosnące zużycie zasobów naturalnych. Cieniem na relacjach z Chinami kładzie się zerwanie negocjacji z wysłannikami Dalaj Lamy. Chiny powinny zaprzestać wszelkich form prześladowania ludności tybetańskiej. Aby zagwarantować odpowiedni poziom stosunków handlowych z Chinami, muszą być one oparte na zaangażowaniu i strategicznym partnerstwie z uwzględnieniem zasad wzajemności, uczciwej konkurencji i handlu, zgodnie z wyznawanymi przez wszystkich wartościami oraz zasadami WTO.



Luca Romagnoli (NI), per iscritto. – Accolgo negativamente la proposta presentata dalla collega Wortmann-Kool, relativa alle relazioni economiche e commerciali con la Cina. Non sono d'accordo su diversi punti del rapporto presentato. Ad esempio, per quanto concerne le azioni future che l'Unione Europea porrà in essere, non mi trovo d'accordo sul fatto che sia necessario prevenire i problemi attraverso un dialogo bilaterale. Infatti, avvicinando i responsabili politici della Cina alla loro controparte europea in seno alla Commissione, non si possono affrontare adeguatamente le questioni di interesse reciproco, in particolare nell'ambito degli investimenti, dell'accesso al mercato e della protezione dei diritti di proprietà intellettuale, oltre ad altre questioni strategiche correlate al mercato. Ciò è dovuto a un deficit, da parte del governo cinese, nel rispetto degli accordi economici posti in essere con l'Unione Europea.



Charles Tannock (PPE-DE), in writing. – This report mentions China's growing trade with Taiwan, which I welcome. Under President Ma, Taiwan has made great strides towards normalizing its trade relations with China and trying to end the obstructionist attitude that Beijing's communist rulers have previously taken towards commercial relations with Taiwan. However, if Taiwan is ever to be fully integrated with the regional economies of south-east Asia it needs to be accepted into international organizations, regardless of whether or not it is recognized as an independent sovereign state. Given various health scares in East Asia in recent years related to the movement of goods and people – such as SARS, avian influenza and the melamine milk scandal – it is essential that Taiwan is given the status of observer at the World Health Assembly. Such a move would strengthen cross-straits trade, drive up quality standards in the region and elevate Taiwan on the international stage. The way that China has used its disagreements with Taiwan to play politics with matters of public health is to be deprecated. So too is the shameful silence that so many people in Europe keep in the face of China's pressure. I voted in favour of this report.